

JUNGSOZIALIST*INNEN



IN DEN NATIONALRAT

Vorstellung der JUSO Basel-Stadt

Wir JUSOs kämpfen für eine andere Gesellschaft. Wir lehnen dieses Wirtschaftssystem ab, das nur wenigen Menschen grenzenlosen Reichtum bringt und dabei Milliarden von Menschen in Armut hält und die Umwelt zerstört. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Talente zu entfalten. Eine Gesellschaft, in der nicht Profitinteressen, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Eine Gesellschaft, in der niemand wegen der Herkunft, des Äusseren oder der Lebensweise benachteiligt wird.



Ella Haefeli

Klimakrise sozial gerecht bekämpfen!

Die Klimakrise ist die drängendste Herausforderung unserer Zeit. Die CO₂-Emissionen steigen weiter, verursachen extreme Wetterlagen und bedrohen unsere Existenz. Im globalen Süden verlassen Millionen Menschen ihre Heimat, besonders diskriminierte Gruppen sind gefährdet. Der globale Norden profitiert von der Ausbeutung, was die Krise verstärkt. Die Schweiz muss bis 2030 Netto null CO₂-Emissionen erreichen und die Superreichen zur Kasse bitten. Bürgerliche Ansätze reichen nicht; der Kapitalismus priorisiert Profit über Umwelt und Mensch. Eine sozial gerechte Klimapolitik ist nötig. Jetzt müssen wir handeln, um eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Mehr dazu auf Seite 5.



David Portmann

ZUKUNFT STATT KRISEN

Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient!

Das kapitalistische Wirtschaftssystem führt zu Ausbeutung der Arbeitenden und enormen Ungleichheiten. Die reichsten 1% besitzen 44% des Vermögens in der Schweiz, während der globale Norden den globalen Süden ausbeutet. Die Löhne werden möglichst tief gehalten und die Care-Arbeit von FLINTA-Personen* bleibt unbezahlt. Die Klimakrise ist ebenfalls eine direkte Folge des kapitalistischen Wirtschaftens, doch die 99% tragen die Last. Wirtschaftskrisen und Umweltprobleme sind im System begründet. Es ist dringend nötig, die Wirtschaft radikal zu verändern: Orientierung an Menschen und nachhaltigem Umgang mit Ressourcen, gerechte Verteilung der Care-Arbeit, Freiheit bei der Arbeit und eine massvolle Produktion für ein gutes Leben für alle. Mehr dazu auf Seite 3.



Nino Rissano

Für eine menschliche Migrationspolitik!

Weltweit sind über 100 Millionen Menschen auf der Flucht - die höchste Zahl jemals. Krieg, Verfolgung, Klimakatastrophen und Perspektivlosigkeit zwingen sie zur Flucht, bei der sie physische und psychische Gewalt erleben und ihren Tod riskieren. Länder wie die Schweiz im globalen Norden tragen eine direkte Verantwortung durch repressive Migrationspolitik, aggressive Steuerdumpingpolitik, Kriegstreiberei und Ausbeutung

des globalen Südens. Die Profitgier des reichsten 1% ist verantwortlich für bewaffnete Konflikte und die Klimakrise. Die Schweizer Migrationspolitik ist von rassistischen

Angstkampagnen geprägt und entzieht Geflüchteten Rechte, sie werden diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Die JUSO fordert eine humane Politik, die Öffnung der Grenzen, eine angemessene Finanzierung des Asylsystems, die Wiedereinführung des Botschaftsasyls, den Boykott der Europäischen Migrationspolitik und ein Verbot der Kriegsmaterial-Finanzierung. Mehr dazu auf Seite 6.

Für die feministische Wende - gegen den rechten Backlash!

Der Kampf für Gleichstellung, Gerechtigkeit, Liebe und gegen Hass bleibt dringend notwendig. Feministische Arbeit ist notwendiger denn je, da erkämpfte Fortschritte angegriffen werden. Der Kapitalismus und das Patriarchat stützen sich gegenseitig. Die unbezahlte Care-Arbeit von FLINTA-Personen ist essentiell für das kapitalistische System. Das Patriarchat ist die Ursache von Abhängigkeiten und Lohndiskriminierung. Es ist notwendig, anzuerkennen, dass diverse Diskriminierungsformen miteinander im Zusammenhang stehen. Wir müssen alle unterdrückenden Machtstrukturen wie zum Beispiel das Patriarchat, den Kapitalismus oder auch den Rassismus und die Diskriminierung gegen Menschen mit Behinderung bekämpfen. Mehr dazu auf Seite 4.



Maria Schäfer



*FLINTA = Frauen, Lesben, Intersexuelle, Non-Binäre, Transsexuelle und Gender.

JUNGSOZIALIST*INNEN IN DEN NATIONALRAT WÄHLEN!

Gerechte Besteuerung von Kapitaleinkommen

Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat es dem reichsten Prozent der Bevölkerung ermöglicht, immer noch reicher und mächtiger zu werden. Steuermechanismen, die der Staat bräuchte, um aktiv gegen die Vermögensungleichheit vorzugehen, wurden weitgehend ausser Kraft gesetzt.

Für gute Ausbildungslöhne

Egal, ob sich ein*e Jugendliche*r für eine Berufslehre oder eine gymnasiale/universitäre Ausbildung entscheidet, jede*r soll nach abgeschlossener Ausbildung einen Job finden können, mit dem die Lebenskosten bezahlt werden können. Doch der Weg zu einer Festanstellung ist für diejenigen, die nicht das Privileg haben, auf die finanzielle Unterstützung ihrer Eltern zählen zu können, steinig und prekär. Das muss sich ändern, denn (Aus)bildung darf kein Luxus sein! Lernende erhalten Hungerlöhne, obwohl sie wertvolle Arbeit für die Lehrbetriebe leisten. Es fehlt noch immer an effektiven Kontrollen der Ausbildungsbedingungen.

Der Durchschnittslohn von Praktikant*innen nähert sich der 2'000-Frangenngrenze. Dieser Einkommensbetrag liegt somit unter der Armutsgrenze und nicht selten wird sogar verlangt, dass Praktika unbezahlt absolviert werden. Gleichzeitig wird von jungen Menschen im Lauf ihrer Ausbildung zunehmend erwartet, dass solche Praktikumsstellen angetreten werden, ohne Garantie auf Bezahlung und einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Wir wollen endlich eine angemessene Bezahlung für Lernende und Praktikant*innen und eine entsprechende Jobgarantie nach Abschluss ihrer Ausbildung. Praktika und Berufslehren müssen endlich faire Arbeitsbedingungen und angemessene Unterstützung erhalten, damit «Ausbildungen» ihrem Namen auch gerecht werden.

DIE WIRTSCHAFT MUSS DEN MENSCHEN DIENEN!

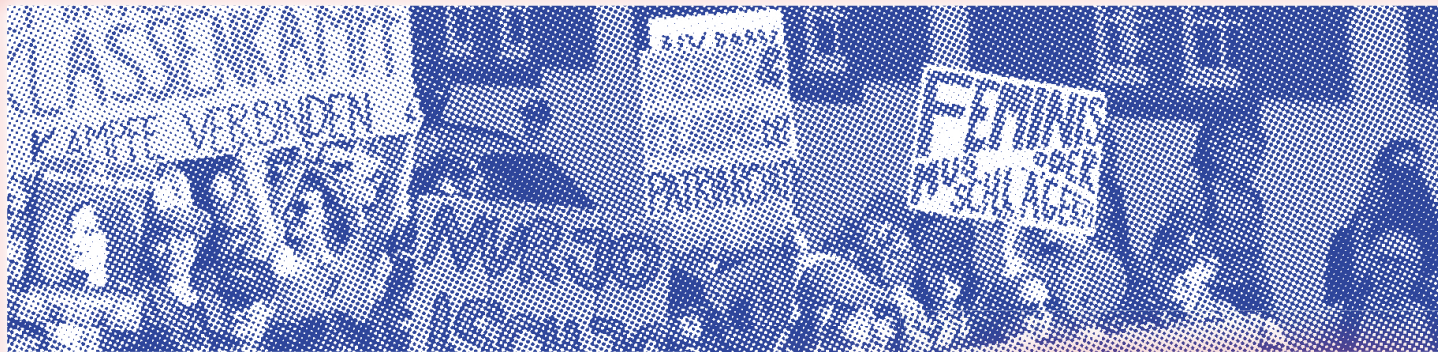
Wir brauchen aber eine gerechte Steuerpolitik, die den 99% zugutekommt und nicht den Ultrareichen und Grosskonzernen!

Um dies zu erreichen, wollen wir Kapitaleinkommen, wie beispielsweise Dividenden und Aktiengewinne, stärker besteuern. Während die 99% der Bevölkerung mit ihrer Arbeit den Wohlstand unserer Gesellschaft erwirtschaften, bereichern sich die Kapitalist*innen und Aktionär*innen lediglich durch das Geld, das wir für sie verdienen. Es ist höchste Zeit, dass diese ungerechtfertigten Einkommen anderthalb Mal höher besteuert werden als Arbeitseinkommen - wie das die 99%-Initiative vorgeschlagen hat.

Demokratische Planwirtschaft

Heute leben wir in einem Wirtschaftssystem, das auf kurzfristigem Profit und Wachstumszwang beruht. Dieses System funktioniert ausschliesslich im Interesse einer kleinen und ultrareichen Minderheit der Bevölkerung. Diese Art zu Wirtschaften führt gezwungenermassen zur Ausbeutung der Arbeiter*innen und der planetaren Ressourcen. Wir wollen dieses ungerechte und zerstörerische System beenden und eine ökologische und demokratische Planwirtschaft durch und für die 99% aufbauen!

Wir können nicht länger tolerieren, dass übermächtige Konzerne darüber entscheiden, was produziert wird, und unsere Gesellschaft mit einer unnötigen Menge an umweltschädlichen und kurzlebigen Gütern überschwemmen. Wir wollen gemeinsam auf allen Ebenen entscheiden, was und wie produziert wird, um die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung abzudecken und gleichzeitig die planetaren Ressourcen zu schonen.



Entgegen konservativen und liberalen Stimmen ist der feministische Kampf noch lange nicht zu Ende. Noch immer müssen wir Grundrechte von FLINTA-Personen (FLINTA = Frauen, Lesben, Inter, Non-binär, Trans, Agender) verteidigen und die Fortschritte in der Gleichstellung vor Angriffen schützen. Der Angriff der SVP auf das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche ist erschreckend und zeigt eine Bewegung, die mit ihrer antifeministischen und frauenfeindlichen Haltung Wahlkampf macht.

Das Recht auf Abtreibung muss in die Verfassung!

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist eine der wichtigsten Errungenschaften und nicht verhandelbar. Allen muss der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen gewährleistet sein. Wer dieses Recht angreift, bringt unzählige FLINTA-Personen in Lebensgefahr. In der Schweiz sind Abtreibungen im Strafgesetzbuch geregelt, gelten grundsätzlich als illegal und sind nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Das ist ein Skandal! Selbstbestimmte Abtreibungen dürfen auf keinen Fall weiterhin als illegale Handlung angesehen werden. Wir fordern deshalb, dass das Recht auf Abtreibung in die Verfassung aufgenommen wird.

Keine Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität!

Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung für trans Menschen muss erst noch erkämpft werden! Der Zugang und die Finanzierung von Hormontherapie und geschlechtsangleichenden Eingriffen muss gewährleistet sein. Für viele Menschen sind solche Eingriffe nicht bezahlbar und eine vollständige Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist unbedingt notwendig!



Positionspapier "Feministische Perspektiven für die 99%"

Die JUSO Schweiz hat in diesem Sommer ein angepasstes Positionspapier zum Thema Feminismus verfasst, diskutiert und verabschiedet. Mehr dazu findest du hier!

Ausserdem muss die Schweiz trans Menschen besser schützen. Trans Menschen erfahren täglich Diskriminierung im öffentlichen Raum und das Risiko, körperliche Gewalt zu erleben, ist erschreckend hoch. Der Diskriminierungsschutz für homo- und bisexuelle Menschen muss unbedingt auf trans Personen ausgeweitet werden.

Die unbezahlte Care-Arbeit neben einer Berufstätigkeit führt zu enormer Mehrarbeit und zur totalen Überlastung von FLINTA-Personen. Viele FLINTA-Personen sind also gezwungen, ihre Lohnarbeit Teilzeit zu verrichten, was wiederum dazu führt, dass sie beim Lohn, bei der Rente und in der Berufskarriere starke Einschränkungen hinnehmen müssen. Da

Care-Arbeit gesellschaftlich so wenig Anerkennung erfährt, sind die Arbeitsbedingungen in Berufen im Bereich der Care-Arbeit (Pflege, Kinderbetreuung, usw.) ebenfalls prekär. Die Löhne sind tief und die Arbeitsstake endlos lang und das obwohl diese Berufe systemrelevant sind und wir als Gesellschaft jeden Ausfall spüren. Applaus reicht nicht, es braucht einen Systemwandel und eine sofortige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir brauchen eine Care-Revolution!

Die Revolution wird feministisch oder unbedeutend!

Jeden Tag sind FLINTA Personen Sexismus, Gewalt und Hass ausgesetzt. Ihre Arbeit wird für selbstverständlich genommen und ihre Körper werden objektiviert. Und Bürgerliche und Liberale wollen uns erzählen, die Gleichstellung der Geschlechter sei erreicht und die Lohnungleichheit sei auch nicht mehr gross. Was für eine Unverschämtheit! Nicht mit uns! Kämpfen wir gemeinsam für unsere körperliche Selbstbestimmung, für die finanzielle Anerkennung unserer täglichen Arbeit, für höhere Löhne und Renten! Gegen Unterdrückung und für die feministische Wende!

FÜR EINE FEMINISTISCHE WENDE!

Weiter muss es einen dritten Geschlechtseintrag geben, denn ohne diesen machen wir unzählige nicht-binäre Menschen unsichtbar und leugnen ihre Existenz. Kein Mensch soll aufgrund der Geschlechtsidentität diskriminiert werden!

Applaus reicht nicht, wir brauchen eine Care-Revolution!

Noch immer wird ein grosser Anteil der Care-Arbeit von FLINTA-Personen geleistet. Schon früh bringt die Gesellschaft FLINTA-Personen bei, dass sie Care-Arbeit verrichten müssen, weil sie dafür geschaffen seien, weil es ihnen besser liegen würde oder ihrem Wesen mehr entsprechen würde, fürsorglich zu sein. Auch wird vermittelt, dass die Care-Arbeit keine oder nur sehr schlechte Bezahlung benötigt, da FLINTA-Personen die Arbeit aus Liebe leisten würden.

KLIMAPOLITIK MIT ZUKUNFT

Für eine sozial-ge- rechte Klimapolitik!

Zukunft statt Krisen!
So lautet das Motto der
Juso in diesem Wahl-
jahr. Eine Krise, die

ohne Zweifel eine der grössten Krisen der Menschheit darstellt, ist die Klimakrise. Jedes Jahr aufs Neue verzeichnen wir Temperaturrekorde, müssen mit ansehen wie Tausende von Menschen aufgrund von Fluten oder Waldbränden aus ihrem Zuhause verjagt werden und ebenfalls jedes Jahr wird die Klimakrise von rechts verharmlost und geleugnet. Gewisse Politiker*innen haben heute noch das Gefühl, es sei angebracht, sich über Wetterkanäle zu beschweren und zu behaupten, es wäre ja schon immer heiss gewesen. Dabei verfolgen sie eine ganz klare Agenda. Die Idee vom Leugnen der Klimakrise ist ja auch keine neue. Die Strategie existiert schon eine ganze Weile. Die SVP, die AFD und andere Rechtsparteien sind nicht die ersten, die sich dies ausgedacht haben.

Hinter diesen Klimaleugnungen und Verharmlosungen steckt ein alter Feind der Menschen: das Kapital. Das Kapital und die Kapitalist*innen haben kein Interesse daran, kräftige und auch sozialverträgliche Massnahmen zu ergreifen, wo ihnen doch das jetzige System so viel Profit einbringt. War es nicht sogar die Ölfirma British Petroleum, die die Idee des persönlichen Fussabdrucks erfand, nur um davon abzulenken, wer den grössten Teil der Emissionen verursacht.

Und auch heute ist es noch so. Gemäss einer Studie des World Inequality Lab aus Paris stösst eine Person mit niedrigem Einkommen ca. 9 Tonnen CO2 pro Jahr aus, während es bei Menschen des reichsten Prozent etwa 195 Tonnen CO2 pro Jahr sind. Die reichsten 10 Prozent verursachen mehr CO2 pro Jahr als 50% der Menschen mit niedrigem Einkommen. Diese Zahlen sind beängstigend.

Nicht nur ist es das reichste Prozent, das am meisten zur Klimakrise beiträgt, sie sind auch noch diejenigen, die von ihr profitieren. Während sie mit ihren Investitionen auf den Banken das Geld für sich arbeiten lassen und in umweltschädliche Firmen investieren, fliegen sie mal schnell noch mit dem Privatjet in die Ferien. Mit einem Flug in einem Privatjet werden in einer Stunde ca. 3 bis 15 Tonnen CO2 ausgestossen. Anstatt nun einfach mit dem Zug zu fahren, vermehrt sich die Zahl von Privatjets nur. Im letzten Jahr sind in der Schweiz 35'000 Privatjets gestartet.

Diese Zahlen und Fakten sind extrem erniedrigend, gerade für diejenigen, die sich schon seit Jahren für den Klimaschutz ein-

setzen. Es bleibt die Frage offen, was können wir dieser unglaublichen Macht des Kapitals entgegensetzen? Dafür gibt es wohl auch nicht nur eine Antwort. Die Juso Schweiz versucht es gerade mit einer Initiative. Die Initiative für eine Zukunft möchte Erbeinnahmen von über 50 Millionen Franken mit 50% besteuern und die Mehreinnahmen aus dieser Steuer für den Klimaschutz einsetzen. So werden die reichsten ein Prozent an die Kasse gebeten für die Schäden, die sie selbst angerichtet haben. Ein unglaublich wichtiges Projekt. Eine weitere wichtige Forderung, deren Umsetzung viel Fortschritt bringen würde, wäre die Demokratisierung von Betrieben und Firmen. Ein Mitspracherecht der Arbeiter*innen und eine Aufteilung der Profite würde zu grossen Änderungen in der Art und Weise, wie Geschäfte gemacht werden, führen. Es darf nicht mehr die Profitlogik gelten. Wir müssen viel weiterdenken, als es der Kapitalismus uns ermöglicht. Wir brauchen einen Umbau der Wirtschaft in einem ökologischen und auch in einem sozialen Sinne.

Für eine ökologische und soziale Stimme im Nationalrat unbedingt am 22. Oktober Juso wählen, denn wir stehen ein für eine Zukunft für alle. Zukunft statt Krisen!



Seit September 2022 sammeln wir für die oben erwähnte **“Initiative für eine Zukunft”**. Damit die Initiative bald ihren erfolgreichen Sammelabschluss findet, sind wir auf die letzten Unterschriften angewiesen. Du hast noch nicht unterschrieben? Dann hole das jetzt nach!



Laut der UNO-Flüchtlingshilfe sind, Stand 2022, über 100 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Das sind 19 Millionen mehr im Vergleich zu 2021 und somit ein Anstieg von 21%. Dies sind so viele Flüchtlinge wie noch nie. Aufgrund von Krieg, Verfolgung und den Folgen von Klimakatastrophen müssen diese Menschen ihr Zuhause und zum Teil auch ihre eigene Familie verlassen. Die Fluchtwege und Routen sind lange, gefährlich und gekennzeichnet von Gewalt, grundsätzlich menschenunwürdiger Behandlung und Erniedrigung. Gerade FLINTA- Personen erfahren auf ihrer Flucht meist wiederholte sexualisierte Gewalt. Alle riskieren sie, zu sterben.

Der globale Norden trägt die direkte Verantwortung dafür. Zum einen durch die Ausbeutung des globalen Südens durch die Kolonialisierung, zum anderen aber auch aufgrund der kapitalistischen Ausbeutung in Form von Steuerdumping, welche zu Kapitalflucht führt und die globale Migration erhöht. Multinationale Konzerne und die reichsten 1% sind massgeblich für den Klimawandel verantwortlich, jedoch zeigen sich die Auswirkungen besonders prekär im globalen Süden, in dem sie ganze Lebensgrundlagen zerstören und die Menschen zur Flucht zwingt.

Die Schweiz und andere Länder des globalen Nordens betreiben eine repressive und menschenunwürdige Politik. Die Schweiz unterstützt die abschottende Europäische Migrationspolitik entscheidend. Dies vor allem auch durch die Mitfinanzierung der Grenzschutzorganisation Frontex, welche für den Tod zahlreicher Menschen verantwortlich ist. Diejenigen, die die Flucht überleben und in die Schweiz kommen, haben da kaum Rechte, werden diskriminiert und oftmals rechtswidrig ausgeschafft. Dies liegt unter anderem auch an der SVP, welche mit rassistischen Angstkampagnen die Migrationspolitik in der Schweiz massgeblich lenkt. Dies führt dazu, dass Asylanträge willkürlichen Kriterien unterliegen, und Asylsuchende in Unterkünften leben müssen, welche überfüllt und menschenunwürdig sind. Die Betreuung der Asylsuchenden wird immer wie mehr von unqualifiziertem Personal bzw. Sicherheitsdienst übernommen, welche von privaten Unternehmen kommen.

Die JUSO Basel- Stadt fordert deswegen:

1

Mitbestimmung für alle:

Eine funktionierende Demokratie ist das Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft. Trotzdem können 2.2 Millionen migrierte Menschen in der Schweiz nicht daran teilhaben. Dies obschon sie schon seit Jahren und zum Teil auch über Generationen hinweg in der Schweiz leben, ihren Pflichten nachkommen, wie alle anderen Menschen mit Stimm- und Wahlrecht. Diese 2.2 Millionen Menschen müssen also stets über ihre Leben entscheiden lassen und haben kein politisches Mitspracherecht.

Jedoch sollen alle Menschen dort, wo sie leben, mitbestimmen dürfen. Deswegen fordern wir, dass alle Menschen, die ihren Wohnsitz seit einem Jahr in der Schweiz haben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus das Wahl- und Stimmrecht auf allen staatspolitischen Ebenen erhalten. Wer in der Schweiz lebt, soll auch in der Schweiz mitbestimmen können.

2

Einbürgerung nach 5 Jahren:

In der Schweiz ist die Einbürgerungsquote sehr tief. Massgeblich dafür verantwortlich ist der Einbürgerungsprozess, welcher sehr teuer, rassistisch und infolgedessen unzugänglich ist. Die Hürden finanzieller und administrativer Hürden werden von den Bürgerlichen stets vergrössert. Oftmals entscheiden noch Gemeindeversammlungen direkt über die Einbürgerung. Oftmals werden die Anträge aufgrund persönlicher Differenzen, Vorurteilen und fremdenfeindlicher sowie rassistischer Einstellungen abgelehnt, dies ist nicht akzeptabel.

Wir können nicht in einer Zweiklassengesellschaft leben, in welcher die einen Rechte haben, welche anderen aufgrund ihrer Herkunft verwehrt werden.

Deswegen fordern wir, dass niedergelassene Personen nach 5 Jahren automatisch in der Schweiz eingebürgert werden. In der Schweiz geborene Kinder sollen ebenfalls die Schweizer Staatsbürgerschaft erhalten. Wer hier lebt, Teil unserer Gesellschaft ist, soll neben den vielen Pflichten auch dieselben Rechte haben.

3

Menschenwürdiges Asylwesen:

Schweizweit werden Asylsuchende in prekären Wohnsituationen untergebracht, wo es an Platz, Privatsphäre und Hygiene mangelt. Es werden zum Teil auf sieben Quadratmeter etwa ein Dutzend Menschen untergebracht. Das Menschsein wird Migrant*innen von den Rechtsbürgerlichen meist zu- oder abgesprochen aufgrund Herkunft, Hautfarbe und finanziellem Status.

Die Führung der Unterkünfte steht meist unter Privatisierung. Was die Betreuung von Asylsuchenden sein sollte, hat sich zur Sicherheitsaufgabe gewandelt. Private Sicherheitsunternehmen wie die ORS sind nun für die Führung der Unterkünfte zuständig. Dem Sicherheitspersonal fehlt es gänzlich oder weitreichend an Schulung bezüglich des Umgangs mit traumatisierten Menschen. Dies ist jedoch unabdingbar, um die betroffenen Geflüchteten zu betreuen.

Gerade FLINTA- Personen werden in den Schweizer Asylzentren unzureichend geschützt, zudem sind gewalttätige Übergriffe gegen Geflüchtete nicht selten und systematisiert.

Wir fordern deswegen drastische Mehrinvestitionen in das Schweizer Asylwesen zugunsten der Geflüchteten. Der Staat muss den Betrieb der Asylunterkünfte und -zentren in die eigene Hand nehmen und qualifiziertes Personal zur Unterstützung der Geflüchteten bereitstellen. Die Unterkünfte müssen genügend Platz für ein humanes Leben mit Tageslicht, Luft, Privatsphäre, Hygiene und Ausweichmöglichkeiten bieten.

FÜR EINE FAIRE MIGRATIONSPOLITIK!

6

Zurzeit herrscht noch immer ein akuter Mangel an Fachpersonal im Bereich der Pflege. Ein wesentlicher Faktor für diesen Mangel sind die derzeit erschwerten Ausbildungsbedingungen, die dringend überarbeitet werden müssen.

In den Pflegepraktika stehen Pflege-lernende und Pflegestudierende vor starken finanziellen Herausforderungen. Die Vergütung während dieser Praktika, die sich je nach Betrieb zwischen 800.- und 1500.- Franken pro Monat bewegt, reicht kaum aus, um die grundlegenden Lebenshaltungskosten zu bezahlen. Teilweise reicht es knapp, um die Miete zu decken. Diese finanzielle Belastung zwingt viele Auszubildende dazu, auf die Unterstützung ihrer Eltern zurückzugreifen oder auf schwer zu erlangenden Stipendien angewiesen zu sein. Diese Abhängigkeit von externer Finanzierung stellt nicht nur eine persönliche Hürde

Aus diesem Grund fordern wir, dass den Auszubildenden im Pflegebereich in allen Kantonen mindestens 80% des Lohns ausbezahlt werden, den sie nach Abschluss ihrer Ausbildung erhalten werden. Diese Kosten sollen von den jeweiligen Kantonen mitgetragen werden. Diese Massnahmen würde nicht nur die finanzielle Belastung der Auszubildenden mindern, sondern auch die Motivation fördern, im Pflegeberuf eine langfristige Karriere zu verfolgen.

Wir sind überzeugt, dass eine solche Anpassung der Entlohnung nicht nur den Pflegeberuf attraktiver gestalten wird, sondern auch dazu beitragen kann, den aktuellen Fachkräftemangel im Gesundheitswesen zu beheben und die Qualität der Pflege langfristig zu sichern.

Besonders auch im stationären Bereich sind die Tarife nicht an die spezifischen Bedürfnisse von Kindern angepasst. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen und benötigen dementsprechend mehr Zeit, Raum, Zuwendung und die Anwesenheit ihrer Bezugspersonen. Während eine Blutentnahme bei Erwachsenen in der Regel zwischen 3-7 Minuten dauert, kann sie bei Kindern bis zu fünfmal länger dauern.

Dabei ist es erforderlich, dass das Kind in eine angenehme und komfortable Position gebracht wird, am besten auf dem Schooss oder in den Armen eines Elternteils. Oftmals sind zwei Pflegekräfte erforderlich, eine um das Kind mit Spielzeug abzulenken und eine andere, um die Blutentnahme durchzuführen.

Darüber hinaus müssen Kinder altersgerecht über den Eingriff informiert werden und auch den Eltern muss jeder Schritt bekannt sein.

FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER PFLEGE!

dar, sondern schränkt auch die Möglichkeit ein, sich im Pflegeberuf weiterzuentwickeln und höhere Bildungseinrichtungen wie die höhere Fachschule zu besuchen.

Die Auszubildenden im Pflegebereich leisten in den Betrieben wichtige Arbeit. Sie übernehmen Verantwortung, erledigen anspruchsvolle Aufgaben und tragen oft den Grossteil der Konsequenzen des Personalmangels. Ohne das Engagement dieser Auszubildenden wären die Einrichtungen des Gesundheitswesens nicht in der Lage, zu funktionieren. Angesichts dieser bedeutenden Rolle ist es nur gerecht, dass die Entlohnung der Auszubildenden angemessen ist und ihre finanzielle Situation während der Ausbildung verbessert wird.

Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an der Kinder- und Jugendversorgung

Wir richten auch eine dringende Forderung an den Kanton Basel-Stadt, um eine gerechte finanzielle Beteiligung an der ambulanten und stationären Versorgung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen. Aufgrund der fehlenden finanziellen Unterstützung des Kantons sind die Löhne für das medizinische Personal niedriger, was zu einem erhöhten Druck und längeren Wartelisten führt.

Wir fordern daher den Kanton Basel-Stadt auf, zwei konkrete Massnahmen zu ergreifen:

1

Sicherstellung ausreichender Finanzierung für die Kindermedizin im stationären und ambulanten Bereich.

2

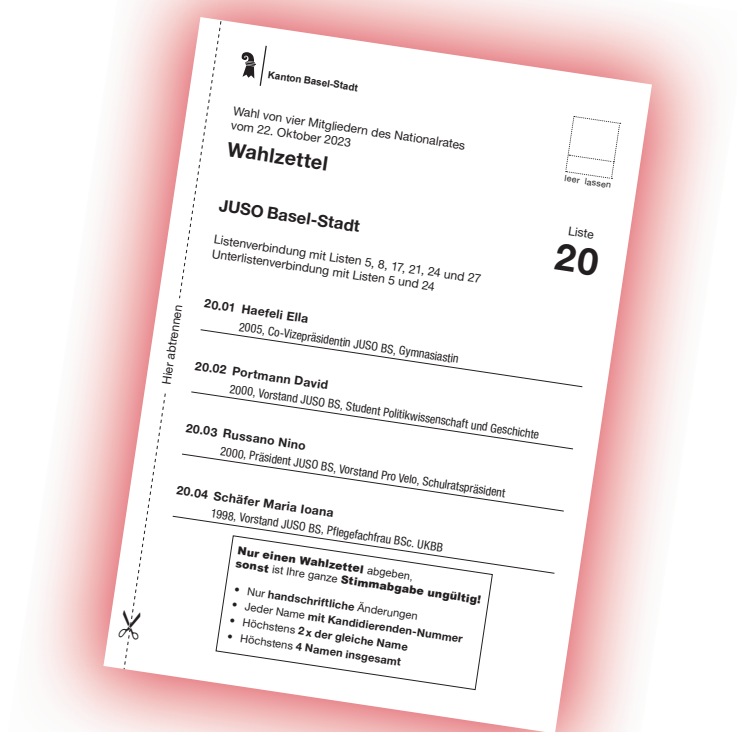
Erhöhung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Kinderspitäler.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Kanton Basel-Stadt die Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlergehen unserer jungen Generation übernimmt. Durch die Umsetzung dieser Forderungen können wir sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche die bestmögliche medizinische Grundversorgung erhalten und die finanzielle Stabilität der Kinderspitäler gewährleistet wird.



HOW TO VOTE!

1. Du nimmst dein Wahlcouvert.
2. In diesem Wahlcouvert findest du alle Listen, die für den Nationalrat antreten. Suche die Liste 20 der JUSO, nimm diese raus.
3. Nimm den Wahlzettel für den Ständerat, kreuze Eva Herzog an und lege diesen Zettel ebenfalls bei.



4. Nimm den Stimmrechtsausweis und lege diesen zusammen mit der Liste 20 (und Eva Herzog) unverändert ins Couvert zurück. Die Adresse muss dabei durch das Adressfenster ersichtlich sein.

5. Schliesse das Couvert und wirf es in den nächsten Briefkasten. Bis Dienstag vor den Wahlen ist brieflich abstimmen möglich, anschliessend musst du an die Urne. The sooner the better.

Impressum

Grafik: Aris Kienast

Druck: Ropress

Redaktion:

Ella Haefeli, David Portmann,
Nino Russano, Joris Fricker,
Maria Schäfer, Lea Levi

Hintergrund Wahlleitung und Vorstand:

Gueney Atici, Enea Rosenthal,
Angus Duffy, Claudio Rinaldi,
Rachele Betschart, Stella Weihofen
Amélie Strebel, Roberto Barbotti

SPENDEN

Nebst deiner Stimme würden wir uns auch mega über eine Spende freuen! Wahlen sind teuer und jeder Beitrag hilft, unsere Arbeit zu verbessern und unsere Sichtbarkeit zu erhöhen.

